

Stellungnahme

Eingebracht von: Riha, Angelika

Eingebracht am: 18.09.2020

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bin nicht einverstanden mit einer Änderung dieses Gesetzes in dem Sinn, dass Behörden und der Exekutive das Recht gegeben werden soll, Kontaktverfolgung, Versammlungsverbote, Betretungsverbote und Testungen von Kindern (ohne die Einwilligung der Eltern?) an Schulen durchführen zu dürfen, und verurteile dies aufs Schärfste!

Das ist ein untragbarer Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Menschen in Österreich und es widerspricht massivst der österreichischen Verfassung!

Und Covid-19 gibt auch keinerlei wissenschaftliche Grundlage, eine solche Gesetzesänderung zu beschließen, da sich diese Krankheit - evidenzbasiert - weder in ihrer Verbreitungsgeschwindigkeit, noch in ihrer Gefährlichkeit von der alljährlichen Grippe unterscheidet.

Eine Entlastung der Gerichte im Hinblick auf die Überprüfung einer rechtmäßigen Freiheitsbeschränkung ist für mich nicht nachvollziehbar. Welcher Behörde soll diese Überprüfung nach dieser Gesetzesneuerung nun zustehen?

Anstatt nun immer neue Gesetze durchzuwinken, welche der österreichischen Verfassung widerspricht, sollte die Regierung endlich anfangen, die Bevölkerung wissenschaftlich korrekt über Covie-19 zu informieren und sämtliche Maßnahmen in diesem Zusammenhang wieder zurück nehmen.

Und nicht eine gesetzliche Grundlage nach der anderen für immer mehr Eingriffe in die Privatsphäre der österreichischen Bevölkerung schaffen zu wollen unter dem Deckmantel "Schutz vor dem gefährlichen Virus".

Es geht hierbei ganz offensichtlich nicht um eine Angelegenheit der Gesundheit, sondern um Unterdrückung und Kontrolle!
Und das lehne ich strikt ab!

Mfg Angelika Riha